

AX VERGABERECHT

Verhandlungsverfahren mit TNW
Az.: 0230.0/2026-386
H2G Planung Reallabor Wasserstofftechnik

Bieter-/Bewerbererklärung
Version 1, 08.07.2026

1. Angaben zum Bieter/Bewerber

Name, Anschrift, Ansprechpartner	
Rechtsform	
Wirtschaftliche/r Eigentümer (Name, Vorname)	
Nationalität Eigentümer ^{1) 2)}	Das Unternehmen ist börsennotiert: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bei „Nein“: Angabe der Staatsangehörigkeit(en) erforderlich:
Nationale Identifikationsnummer ^{1) 3)}	Art: Nr.:
Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt ge- mäß Statistischem Bundesamt (deckungsgleich mit Empfehlung der EU-Kommission 2003/361/EG) über folgende Defini- tion ²⁾	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. Euro Umsatz <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. Euro Umsatz
Betriebshaftpflicht	<input type="checkbox"/> Ja, es besteht für den Zeitraum der Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung. Bitte geben Sie die Höhe der Deckungssummen an:

<p>Amtssprache ist Deutsch (§ 23 VwVfG)</p> <p>Die Teilnahme-/Angebotsunterlagen sind in deutscher Sprache oder es liegt eine beglaubigte Übersetzung vor.</p> <p>Bei Dienstleistungen: Das für den Auftrag gem. dieser Ausschreibung zum Einsatz kommende Personal beherrscht die deutsche Sprache mindestens nach dem europäischen Referenzrahmen auf dem Sprachniveau C1.</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
---	---

2. Erklärung zu Ausschlussgründen

2.1 Ich/Wir erklären, dass **keine** der in **§ 123 GWB** genannten Verurteilungen/Geldbußen vorliegen ⁴⁾ (u. a. Bildung krimineller/terroristischer Vereinigungen, Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche, EU-Betrug/Subventionsbetrug, Bestechlichkeit/Bestechung, Menschenhandel etc.).

Ja Nein

Bei Nein: Nachweis der Selbstreinigung erforderlich (§ 125 GWB / § 31 Abs. 2 UVgO)
(siehe Nr. 2.4)

2.2 Ich/Wir erklären, dass **keine** der in **§ 124 GWB** genannten fakultativen Ausschlussgründe vorliegen ⁴⁾ (u. a. schwere Verfehlung, Verstöße gegen umwelt-/sozial-/arbeitsrechtliche Pflichten, Wettbewerbsabsprachen, Interessenkonflikt, erhebliche Leistungs-/Mängelverfehlungen, Zahlungsunfähigkeit etc.).

Ja Nein

Bei Nein: Nachweis der Selbstreinigung erforderlich (§ 125 GWB / § 31 Abs. 2 UVgO)
(siehe Nr. 2.4)

2.3 Ich/Wir erklären, dass **kein** Verstoß gegen Vorschriften, der zu einem noch bestehenden, nicht tilgungsreifen Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, vorliegt.

Ja Nein

Bei Nein: Nachweis der Selbstreinigung erforderlich (§ 125 GWB / § 31 Abs. 2 UVgO)
(siehe Nr. 2.4)

Hinweis: Die Hochschule Reutlingen ist gem. § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) verpflichtet, ab einem voraussichtlichen Auftragswert von 30.000,- € netto vor der Erteilung des Zuschlags für den/die Bestbieter eine Auskunft über Eintragungen im Wettbewerbsregister abzufragen. Auch im Falle der vorstehenden Erklärung können jederzeit zusätzliche Auskünfte des Wettbewerbsregisters angefordert werden.

2.4 Es sind folgende Nachweise der **Selbstreinigung gem. § 125 GWB** beigefügt (ggf. separate Anlage):

3. Erklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

Bezeichnung des Vergabeverfahrens/Auftrags:

Geschäftszeichen:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

Ja Nein

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils gültigen konsolidierten Fassung über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, welche die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Die aktuell gültige Fassung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex ([Link](#)), eingesehen werden. Dort finden Sie auch die konsolidierten Fassungen der mehrfach geänderten Verordnung.

Bitte wählen Sie die aktuellste Fassung mit dem neuesten Datum.

Es besteht die Verpflichtung, die vorstehenden Erklärungen auch von beauftragten Nach- und Verleihunternehmern zu fordern und auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

Unterschriftsfeld Bieter/Bewerber und/oder Mitglieder Bewerber-/Bietergemeinschaften

Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel

Mit der elektronischen Abgabe dieses Dokuments über den Vergabemarktplatz Baden-Württemberg zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder den Angebotsunterlagen gilt dieses vom Bewerber/Bieter als unterschrieben.

Sofern die Abgabe in Textform gem. § 126b BGB zugelassen ist und mit Hilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Unterschriftsfeld Bieter/Bewerber und/oder Mitglieder Bewerber-/Bietergemeinschaften

Ort, Datum, Name der erklärenden Person in Druckbuchstaben

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Fußnoten

¹⁾ Seit dem 25.10.2023 müssen öffentliche Auftraggeber im Rahmen der EU-weiten Vergabe (eForms) bestimmte Informationen zu den beauftragten Unternehmen veröffentlichen. Daher sind für jeden Bieter bzw. Bewerber – und bei Zusammenschlüssen für jedes beteiligte Unternehmen – die abgefragten Angaben einzureichen.

²⁾ Die Nationalität(en) der wirtschaftlich Berechtigten des Auftragnehmers sind für EU-Bekanntmachungen verpflichtend anzugeben. Die Information stammt üblicherweise aus Geldwäsche- bzw. Transparenzregistern; sofern solche fehlen, sind andere nachvollziehbare Quellen zulässig.

³⁾ Für Unternehmen und andere wirtschaftlich tätige Organisationen ist grundsätzlich eine gültige Wirtschafts-Identifikationsnummer anzugeben. Liegt diese nicht vor, kann ersatzweise eine andere eindeutige Unternehmenskennzeichnung genutzt werden wie z.B. eine Umsatzsteuer-ID oder ein Registereintrag wie die Handelsregisternummer. Nur bei natürlichen Personen kann aus Datenschutzgründen die Angabe „keine Angabe“ verwendet werden.

⁴⁾ Für Unterschwellenverfahren stützt sich die Abfrage auf § 31 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) i.V.m. §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB); überschwellig unmittelbar auf GWB/Vergabeverordnung (VgV).